

Bericht zur Jahrestagung 2011 des DGfG-Arbeitskreises Ostasien

Frankfurt am Main, 10. Juni 2011

Die Jahrestagung 2011 des Arbeitskreises Ostasien in der Deutschen Gesellschaft für Geographie hat am 10. Juni 2011 am Interdisziplinären Zentrum für Ostasiastudien (IZO) der Goethe-Universität in Frankfurt am Main stattgefunden. Der Arbeitskreis Ostasien ist ein Forum der geographischen Ostasienforschung und bietet Gelegenheit zum intra- und interdisziplinären Austausch, unter Betonung der Zusammenarbeit zwischen Physischer Geographie und Humangeographie.

Hans-Joachim Rosner (Tübingen) berichtete über erste Ergebnisse des Projektes „Natürliche Ressourcen in den Bergaugebieten Yunnans während der Qing-Zeit – Landschaftsentwicklung und Umweltveränderungen“. Das Projekt ist Teil der DFG-Forschergruppe „Monies, Markets, and Finance in China and East Asia, 1600-1900“, in der Geographen und Sinologen mit Standorten in Bochum, Heidelberg und Tübingen zusammenarbeiten, und beschäftigt sich mit Fragen der Landschaftsdegradation in Yunnan, SW-China. Als Folge des Exportverbotes der japanischen Regierung ab 1736 kam es in Yunnan zu einer Intensivierung des Bergbaus auf Kupfer. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurden große Mengen Kupfer abgebaut, verhüttet und in die staatlichen Münzen vor allem in Peking transportiert. In der ersten Projektphase wurden historische Minenstandorte sowie Transportrouten auf der Basis chinesischer Quellen lokalisiert und in einer umfangreichen Datenbank Informationen zu einzelnen Kupfertransporten gesammelt. Häufig handelt es sich bei diesen Angaben allerdings um staatlich vorgegebene Quoten, die daher mit Vorsicht zu genießen sind und zu denen wahrscheinlich erhebliche Mengen an privatwirtschaftlich behandeltem „Begleitkupfer“ verarbeitet wurden. Auf der Basis dieser Mengenangaben sowie der Kenntnis der entsprechenden Verhüttungstechniken wurden die Folgen dieser Bergbauaktivitäten für die potentielle natürliche Klimavegetation in Yunnan modelliert. Unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren (Höhenlage, Exposition, Boden, etc.) ist es mit einem GIS-gestützten Ansatz gelungen, den Ausgangsbestand eines regionalen immergrünen Laubwaldes zu rekonstruieren. Dies lässt erste Rückschlüsse auf die Nettoprimärproduktion dieser Vegetationsformation zu. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung eines Bilanzierungsmodells, welches den Zusammenhang zwischen Ressourcenentnahme (hier: Entwaldung durch Holznutzung für Bergbau und Verhüttung, etc.) und der potentiellen natürlichen Biomasse(re)produktion (hier: Wiederbewaldung) darstellt. Agentenbasierte Modellierungsansätze zur natürlichen Sukzession ermöglichen dabei nicht nur die schematische Nachbildung von Umweltprozessen, sondern unterstützen auch die Integration von Fachwissen und realen Datensätzen. Ziel ist es, die Landschaftsentwicklung in den Bergaugebieten Yunnans über die letzten 150 bis 200 Jahre zu modellieren und damit zum besseren Verständnis der ökologischen Zusammenhänge in dieser subtropischen Hochgebirgsregion beizutragen.

Die humangeographisch ausgerichteten Beiträge leitete Sabine Beißwenger (Köln) ein. Im Rahmen ihres Vortrages „Stadtentwicklung in Nordkorea – Eine Diskussion über Zugangsmöglichkeiten“ hat sie sich eines konzeptionell und methodisch schwierig zu fassenden Themas angenommen. Der erwartete Machtwechsel an der Spitze Nordkoreas und die damit verbundenen zunehmenden militärischen Profilierungsaspirationen des Landes, sowie die immer wieder für die Bevölkerung bedrohliche Nahrungsmittelsituation haben Nordkorea wieder verstärkt ins Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Eine fundierte wissenschaftliche Beschäftigung mit Nordkorea ist jedoch angesichts der Geschlossenheit des Landes stark erschwert. Sabine Beißwenger stellte vor diesem Hintergrund und ausgehend von eigenen Reiseindrücken im Oktober 2010 zunächst die historische Entwicklung und die mo-

mentane Situation in nordkoreanischen Städten an den Beispielen Pyeongyang und Gaeseong vor. Pyeongyang wurde in den Jahrzehnten seit Gründung der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea als Vorzeigestadt der Staatsideologie und umstrittenes urbanes Machtzentrum des Landes ausgebaut. Gaeseong dagegen hat, trotz ebenfalls vorhandener Tradition als historische Hauptstadt und früheres bedeutendes Handels- und Kulturzentrum, stark an Bedeutung verloren; die Lage nahe der Demarkationslinie hat zu einer politisch gewollten Schwächung geführt. Gleichzeitig existiert hier jedoch seit Beginn der 2000er Jahre die bedeutendste Sonderwirtschaftszone des Landes, in der hauptsächlich Produktionsstätten südkoreanischer Firmen arbeiten und ein Minimum an Austausch erlauben. Im Anschluss an diese vergleichende Darstellung erläuterte die Referentin beispielhaft Probleme bei der Informationsbeschaffung zu diesem Themenfeld und stieß damit eine rege Diskussion über relevante Institutionen und methodische Zugänge für die wissenschaftliche Bearbeitung von Nordkorea betreffenden Themen an.

Yuefang Si (Gießen) referierte zum Thema „Die politische Evolution ausländischer Direktinvestitionen und die Internationalisierung chinesischer Unternehmen“. Outward Direct Investments (ODI) erfuhren in den vergangenen drei Dekaden in China sowohl ein starkes Wachstum als auch eine Qualitätssteigerung. China hat sich global mittlerweile zur neungrößten Quelle von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) entwickelt. Chinesische ODI weisen dabei zwei Eigenschaften auf, die sie von traditionellen ADI unterscheiden: Obwohl chinesische Unternehmen technologische und unternehmerische Nachteile aufweisen, investieren sie in großem Maßstab in Industriestaaten. Zudem wird das Investitionsverhalten dieser Unternehmen, insbesondere der stark involvierten Staatsunternehmen, von staatlichen Stellen und Institutionen stark beeinflusst und gesteuert. Ein solches staatlich beeinflusstes Investitionsverhalten, das als „New State Corporatism“ bezeichnet werden könnte, ist in diesem Umfang ein neues Phänomen in der Weltwirtschaft und bedarf deshalb einer wissenschaftlichen Betrachtung. In ihrem Beitrag analysierte Yuefang Si die strategische Ausrichtung der chinesischen ODI-Politik und das Verhalten chinesischer Institutionen. In den vergangenen Jahren ist ein Wandel eingetreten, der eine Verschiebung von der politischen zur marktwirtschaftlichen Zielsetzung vermuten lässt. Dieser Wandel ist nicht nur in der Zielsetzung von ODI zu beobachten, sondern auch in der Ebene der beteiligten Akteure. Während in der Frühphase chinesischer ODI die Zentralregierung involviert war, sind aktuell die Lokalregierungen und Unternehmen selber die treibenden Kräfte. Die Datengrundlage dieser Untersuchung bildeten eine Unternehmensbefragung und qualitative Interviews in Deutschland, die mit chinesischen Unternehmen geführt wurden. Ergänzt wurden diese durch offizielle chinesische Sekundärstatistiken.

Über „Kooperationen im Chinesischen Wissenschafts- und Technologiesystem und die veränderte Position Transnationaler Unternehmen“ sprach Stefan Hennemann (Gießen).

Kooperationen in der Wissensproduktion sind in China zunehmend diversifiziert. Transnationale Unternehmen (TNCs) sind im Zusammenhang mit Innovationsprozessen von großer Bedeutung für die Verbreitung neuer Ideen und sind gleichzeitig begehrter Partner für andere Akteure in Innovationssystemen (z. B. Chinesische Unternehmen und Universitäten), weil sie potenziell einen Zugang zu internationalem Wissen bieten. In der Regel kooperieren TNCs nur selten mit öffentlichen Forschungseinrichtungen oder Universitäten in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber diese Haltung ändert sich zunehmend. Nach umfassenden Reformen des Chinesischen Wissenschafts- und Technologiesystems (S&T) und mit strategischen Veränderungen in der internen Organisation von Forschungs- und Entwicklungsprozessen in den TNC-Netzwerken entstehen vorteilhafte Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen TNCs und öffentlichen Forschungsakteuren. Aus diesem komplexen Geflecht von Austauschbeziehungen entstehen neue Strukturen im chinesischen S&T-System, in dem TNCs zukünftig

eine noch zentraler für die originäre Wissensproduktion sein werden. In seinem Beitrag analysierte Stefan Hennemann die Netzwerktopologie und die Position internationaler Unternehmen im forschungsorientierten S&T-System Chinas. Ko-Autorenschaften wissenschaftlicher Publikationen dienten dabei als Proxyindikator für Kooperationen und den damit verbundenen Wissensaustausch. Zwischen 2003 und 2007 wurden mehr als 6.000 Artikel in Zusammenarbeit zwischen chinesischen Akteuren und internationalen Unternehmen publiziert. Die bibliometrischen Informationen wurden verwendet, um ein Netzwerk zu erzeugen, das mit aktuellen netzwerkwissenschaftlichen Methoden analysiert werden kann. Damit bot dieser Beitrag eine einmalige Einsicht in die Rolle transnationaler Unternehmen im Chinesischen Wissenschafts- und Technologiesystem.

In seinem abschließenden Beitrag beleuchtete Thomas Feldhoff (Frankfurt am Main) „Japans (Kern-) Energiepolitik: Rahmenbedingungen, Fakten und Perspektiven“. Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 haben durch die sich anschließenden Störfälle am Kernkraftwerkstandort Fukushima noch eine zusätzliche Brisanz erhalten. Die Bilder der zerstörten Kraftwerksblöcke sind um die Welt gegangen. Über den Kontrollverlust der Anlage und die akute Strahlenbelastung hinaus wird die Katastrophe sicher auch langfristige Folgen haben, denn sie erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in diese Großtechnologie und betrifft die Energiesicherheit des Landes. Innenpolitisch wurde zuletzt vor allem der Zwang zum Erreichen der Klimaschutzziele – in Japan spricht man von „*gaiatsu*“, dem „Druck von außen“ – von der Atom-Lobby geschickt als Argument für den Ausbau des Kernenergieprogramms instrumentalisiert. Die verschiedenen Maßnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung stellen eine große Hürde für breit angelegten zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Kernenergiepolitik der Regierung dar. Sie basieren nicht zuletzt auf den engen, auch personellen und finanziellen Verflechtungen von Energieversorgern, Banken, Aufsicht führender Ministerialbürokratie und Politik, die ein einvernehmliches Zusammenwirken bei der Realisierung des Kernenergieprogramms ermöglicht haben. Die Atom-Begeisterung Japans ist damit auch ein Teil dessen, was Gavan McCormack als „Baustaat Japan“ beschrieben hat – Ausdruck einer ungehemmten Begeisterung für Großtechnologien und Großinfrastrukturprojekte. Ein bewusster Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie ist derzeit – trotz Fukushima und trotz einer zunehmenden Anti-Atom-Rhetorik – aufgrund der bestehenden Pfadabhängigkeiten kaum vorstellbar.

Thomas Feldhoff (Frankfurt am Main)